



## Bauernkundgebung vom 17. November 2005

*Rede Peter Gfeller, Präsident der Schweizer Milchproduzenten*

Wir sind zutiefst enttäuscht und frustriert über die Vorschläge zur Agrarpolitik 2011. Sie richten sich einseitig an den Interessen des grenzenlosen Welthandels aus. Sollten diese Vorschläge tatsächlich in aller Härte und Eile umgesetzt werden, dann werden wir Bäuerinnen und Bauern die in der Bundesverfassung verankerten Aufgaben nicht mehr erfüllen können. WTO II ist zum Selbstzweck einiger grosser Agrarexporteur verkommen. Das hinterlistige Pokerspiel dieser Agrarelefanten bedroht tausende von Bauernfamilien in der Schweiz. Das dürfen wir nicht zulassen. Was in Genf, Paris oder Hongkong verhandelt wird, ist von den Auswirkungen her eine einzige Katastrophe für die Schweizer Bauernbetriebe. Wir glauben nicht mehr an das Geschwätz der Wirtschafts- und Politikkapitäne, dass ein freier Agrarhandel den Wohlstand fördert - das Gegenteil ist der Fall. Wir verlieren alle. Heute wir Bauern, morgen du!

Im Hochlohnland Schweiz herrscht ein gewollt hohes Kostenumfeld, und unter diesen Bedingungen sollen wir Bauern die Produkte zu EU- oder zu Weltmarktpreisen herstellen? Die Agrarpolitik 2011 verlangt von uns Bauern, dass wir das Kilo Milch für rund 50 Rappen verkaufen, aber Produktionskosten von fast 1 Franken ertragen! Dieses Riesenloch zwischen Produktionskosten und Produzentenpreisen lässt sich auch mit Direktzahlungen nie stopfen. Schnappt diese Kostenfalle zu, steht die Qualität unserer Produkte und die Nachhaltigkeit unserer Produktionsweise auf dem Spiel. Das wollen wir nicht – auch die Konsumenten wollen das nicht. Eine Agrarpolitik, die nichts gegen hohe Produktionskosten unternimmt und gleichzeitig enormen Druck auf die Produzentenpreise ausübt, ist doch ein Widerspruch sondergleichen. Das können und wollen wir nicht akzeptieren.

- Wir verlangen von der Politik Rahmenbedingungen, damit wir Bauern mehr Wert aus unseren Produkten schöpfen können. Es ist doch verrückt: Vom gesamten Detailhandelsumsatz für Lebensmittel bleiben nicht einmal mehr 10 Prozent als Einkommen bei den Bäuerinnen und Bauern im Portemonnaie hängen. Verarbeiter, Händler, und Verteiler der Lebensmittel verschlingen hingegen über 90 Prozent der Nahrungsmittelausgaben.
- Wir fordern von der Politik in der AP 2011, dass sie uns bei der Umsetzung von Selbsthilfemassnahmen unterstützt, indem sie diese allgemein verbindlich erklärt.
- Wir fordern vom Staat, dass er unsere Produzentenpreise weiterhin stützt. Ein griffiger Grenzschutz und geeignete Marktstützungsmassnahmen gleichen die Kostennachteile im Hochlohnland Schweiz am wirksamsten aus.

Liebe Bäuerinnen und Bauern - wir wollen wissen, woran wir sind! **Wir fordern deshalb ein klares Bekenntnis zu fairen Schweizer Preisen für Schweizer Produkte mit Schweizer Qualität und ein kategorisches Nein zu unrealistischen Weltmarktpreisen!**